

UZ-Debatte zur Einschätzung der gegenwärtigen Krise UZ vom 20. September 2013

Zum Hintergrund der gegenwärtigen Krise

Helmut Dunkhase, Berlin

Lucas Zeise meint, dass die gegenwärtige Krise nichts Anderes sei als eine normale Überproduktionskrise, nur eben in einem größeren Ausmaß. In der Tat zeugen platt gemachte oder noch platt zu machende Autofabriken oder Geisterstädte in Spanien von vernichtetem Kapital, produziertem Kapital also, das sich nicht mehr verwerten lässt. Zeises Ausführungen erklären aber weder Tiefe und Dauer der Krise noch ermöglichen sie eine Abschätzung der Perspektiven im Verhältnis von Kapital und Arbeit.

Was wir jetzt beobachten können, ist die Erscheinung eines Problems, das sich in einer Jahrzehnte langen Entwicklung aufgestaut hat, dessen Ursache letztlich in einem ökonomischen Gesetz liegt, von dem Marx sagte, dass es „in jeder Beziehung das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie“ (*MEW 42, 641*) sei: das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate.

Die Entwicklung der Profitrate hängt im Wesentlichen vom Verhältnis der Wachstumsrate der Arbeiterpopulation zur Investitionsrate ab. (Detaillierter in meinem Beitrag in den MB 1/11 zur Profitatendiskussion.) Die These klingt zunächst erstaunlich. Doch hat bereits Marx diesen Sachverhalt thematisiert (*MEW 25, 15. Kapitel, III*). Dort beschäftigt er sich u. a. hypothetisch mit der Situation einer absoluten Überproduktion von Kapital, die vorläge, „sobald ... das Kapital gewachsen wäre in einem Verhältnis zur Arbeiterbevölkerung, dass weder die absolute Arbeitszeit, die diese Bevölkerung liefert, ausgedehnt, noch die relative Mehrarbeitszeit erweitert werden könnte ...“.

Diese Situation drohte in Großbritannien um 1980 herum ganz akut, in der BRD in abgeschwächter Form. Die genannte These ist empirisch überprüfbar und hat ihre Prüfung anhand vieler Länder bisher gut bestanden. Aus der Gültigkeit der These folgt, dass in einer stagnierenden oder zurückgehenden Bevölkerung die Profitrate gegen Null tendiert und damit eine produktive Expansion der kapitalistischen Produktionsweise unmöglich wird.

Betrachten wir die Nachkriegsentwicklung in der BRD. Wir können hier zunächst, nach den Verwüstungen des 2. Weltkrieges, eine 30-jährige von gravierenden äußeren Einflüssen freie kapitalistische Entwicklung beobachten: Hohes Wachstum der arbeitenden Bevölkerung bei hohen Akkumulationsraten. Eine hohe Akkumulationsrate impliziert eine hohe Investitionsrate, die die Profitrate senkt, wenn nicht durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität oder stärkeres Wachstum der Bevölkerung ein Gegengewicht entsteht. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität blieb von 1960 an (wo es schon relativ hoch war) in der Tendenz konstant; das Potenzial an ausbeutbaren Arbeitskräften wurde allmählich absorbiert. Die Gewerkschaften waren dadurch in einer starken Position und konnten vergleichsweise hohe Löhne durchsetzen. Auf Grund des oben angegebenen Zusammenhangs begannen die Profitraten zu sinken. Wäre die BRD ein abgeschlossenes ökonomisches System, wären die Profitraten so tief gesunken, dass die Kapitalisten keine Lust mehr gehabt hätten zu investieren und unser Land wäre dem Sozialismus entgegengetaumelt. In Zahlen: Die Profitrate sank von 15,6 Prozent im Jahr 1960 kontinuierlich bis auf gut 7 Prozent Anfang der 1980er Jahre. Komplementär dazu sank die Ausbeutungsrate von 66,3 Prozent im Jahr 1960 auf 30 Prozent im Jahr 1982.

Den ökonomischen Gesetzen entkommen können die Kapitalisten nicht, aber sie können internationale Konstellationen ausnutzen. In den 1960er Jahren wurden die ersten „Gastarbeiter“ ins Land geholt. (Sie konnten die ersten Strukturkrisen Anfang der 1970er Jahre nicht verhindern, sondern nur aufschieben.) Dann gab es die ersten Produktionsverlagerungen. Den Durchbruch in diese Richtung brachte Chinas Öffnung gegenüber westlichem Kapital unter Deng Xiaoping, wodurch in der Perspektive ein gigantisches Reservoir von Arbeitskräften zur Verfügung stand. (Später kam noch das Arbeitskräftepotenzial hinzu, das durch die Konterrevolutionen in Ost- und Südosteuropa unter das Kapital zusätzlich subsummiert werden konnte.)

Die zweite Reaktion auf die fallenden Profitraten war zum einen das Zurückfahren der produktiven Investition zugunsten von Investitionen in den Finanzsektor. 1960 wurde von den Profiten fast alles investiert, heute nur noch die Hälfte. Zum andern wurden neue Bereiche durch Privatisierungen für die Kapitalisierung erschlossen.

Die erste Reaktion (Migration, Produktionsverlagerungen) bedeuten eine (relative) Erhöhung des Bevölkerungswachstums, die zweite eine Reduzierung der Investitionsrate; beides also Effekte, die eine Erhöhung der Profitrate befördern.

Mit der Verlagerung der Produktion ins Ausland und dem damit erzeugten relativen Überfluss an Arbeiterpopulation wurden die Gewerkschaften objektiv geschwächt. (Hinzu kam die subjektive Schwächung durch die „Sozialpartnerschafts“-Ideologie.) Es konnte nun die klassische Methode der Erhöhung der Ausbeutungsrate greifen. Die Entwicklung der Lohnquote, ein ungefähre Anhaltspunkt für die Entwicklung der Ausbeutungsrate, zeigt ein Gefälle von ungefähr 75 Prozent Anfang der 1980er Jahre auf 66,3 Prozent im Jahr 2010. Das entspricht einer Erhöhung der Ausbeutungsrate um 50 Prozent. Ferner konnten Maßnahmen wie die Umwandlung von Staatseigentum in Kapital durch Privatisierungen, die „Verschlankung“ des Staates (Ausgaben für Soziales, Bildung, usw. sind vom Standpunkt des Kapitals Abzüge vom Profit), steuerliche Belastungen für die Arbeiterklasse und Entlastung für die Reichen, usw. durchgesetzt werden.

Der Rückgang der produktiven Investitionen zugunsten der Akkumulation von Geldkapital hat dazu geführt, dass heute in den Finanzierungssalden die Nicht-Finanz-Unternehmen seit Anfang der 2000er Jahre als Netto-Kreditgeber und nicht mehr als Netto-Kreditnehmer der Banken ausgewiesen werden. D. h. ein immer größerer Teil des Mehrprodukts wird unproduktiv konsumiert. Die klassische Funktion der Banken, Einlagen einzusammeln, um sie für Investitionen zu kanalisieren, spielt nur noch eine geringe Rolle. In den klassischen kapitalistischen Ländern – in Deutschland aus hier nicht zu behandelnden Gründen weniger ausgeprägt – machen sich Tendenzen zur Deindustrialisierung breit. Großbritannien ist heute kein Industrieland mehr. Die Kehrseite dieser Medaille ist, dass die Fabrik des Weltkapitalismus heute in China steht. Insofern reflektiert die Finanz- und Wirtschaftskrise auch die neue weltweite Arbeitsteilung: Fabriken und Export in BRICS-Staaten, Finanzen, Management und Dienstleistungen in der westlichen Welt. Und damit dürfte auch klar geworden sein, dass die Wirtschaftskrise eigentlich keine Weltwirtschaftskrise ist; die meisten BRICS-Staaten sind weniger von ihr betroffen.

Die Rolle des Kredits

Die in Aktien, Anleihen, Schuldtiteln, usw. angehäuften Eigentumstitel sind nach Marx „fiktives“ Kapital. Sie sind kein Kapital, weil es sich nicht um geronnene Arbeit handelt. Sie erheben „nur“ Ansprüche auf die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit.

Es liegt auf der Hand, dass die in angehäuften Finanztiteln implizierten Ansprüche nichts zu tun haben mit der derzeit oder in ein paar Jahren vorhandenen geronnenen Arbeit. In Deutschland sind die Schulden insgesamt auf 290 Prozent des BIP angewachsen (Staat 81 Prozent, Private Haushalte 60 Prozent, Unternehmen 149 Prozent). Das heißt, die gesamte Bevölkerung müsste fast drei Jahre lang arbeiten, um nur die Schulden abzubauen! Dennoch wird mit Hilfe des Klassenstaates versucht, die mit der Ausweitung der Kredite verbundenen Ansprüche auf fremde Arbeit um jeden Preis durchzusetzen.

Konsequenzen

(...) Die dargelegte Akkumulationskrise bzw. die Veränderungen in der Kapitalistenklasse legen einen für die Arbeiterklasse günstigen strategischen Ansatzpunkt für den Angriff auf die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse nahe. Ein Ansatzpunkt, der ein ökonomischer ist, aber darüber hinausweist: ein radikaler Schuldenschnitt. (Hier stimme ich wieder mit Lucas Zeise überein.) Getroffen würde die dominierende Schicht der Rentiers, während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ungeschoren bliebe. Rentiereinkommen ist schwerer zu legitimieren als Profite der industriellen Unternehmer. Kapitalistische Marktwirtschaft steht noch ziemlich unangefochten da. Es wäre eine antimonopolistische, aber natürlich noch keine antikapitalistische Maßnahme. Banken würden paradoxerweise wieder liquide. Ihre Verbindlichkeiten ständen in einem vernünftigen Verhältnis zu ihrem Geldmittelbestand. Die Industrie wird kaum beeinträchtigt (außer z. B. Luxusgüterproduktion) und bleibt weiterhin privat organisiert. Ob die Kapitalisten allerdings Lust haben, sich mit geringeren Profitraten zu begnügen (VW z. B. fährt 60 Prozent seiner Gewinne über „Finanzdienstleistungen“ ein), steht auf einem anderen Blatt. Der Druck in Richtung zukünftiger Produktionsweise würde wachsen.